

Behörden verklagen Sozialanwalt

PROZESS Tumulte im Gericht – Hunderte begehren Einlass zur Verhandlung



Sozialanwalt Alfred Kroll muss sich vor dem Oldenburger Anwaltsgericht verantworten.

BILD: TORSTEN VON REEKEN

Alfred Kroll vertritt jedes Jahr Tausende von Armen und Behinderten. Dabei soll er gegen das Sachlichkeitsgebot verstoßen haben.

VON FRANZ-JOSEF HÖFFMANN

OLDENBURG/JEVER/WILDESHAUSEN – Alfred Kroll ist ein Superstar – zumindest in den Augen unzähliger armer und behinderter Menschen. Sein unerbittlicher Kampf für die „Entrechteten“, den der Oldenburger Sozialanwalt mit deftigen und klaren Worten

führt, ist den Behörden allerdings ein Dorn im Auge. Auf Betreiben der Landkreise Oldenburg und Friesland sowie der Stadt Oldenburg musste sich Kroll deswegen am Montag in eigener Sache in einem Standesverfahren vor dem Oldenburger Anwaltsgericht verantworten.

Kroll vertritt jedes Jahr Tausende von Hartz-IV-Empfängern und behinderten Menschen, um diesem Personenkreis zum Recht zu verhelfen. In Schriftsätzen an die verschiedenen Behörden soll der 55-Jährige aber gegen das Sachlichkeitsgebot verstoßen, Behördenmitarbeiter verun-

glimpft, Jugend- und Sozialämtern Willkür und Rechtsbeugung unterstellt haben. Gestern nun sollte der engagierte Anwalt in die Schranken gewiesen werden. Doch das war gar nicht so einfach. Etliche Sozial- und Behindertenverbände hatten ihre Mitglieder dazu aufgerufen „ihrem“ Anwalt beizustehen, und Hunderte waren gekommen.

Sie alle beehrten Einlass in den größten Sitzungssaal des Oberlandesgerichtes Oldenburg, wo das Anwaltsgericht gestern tagte. Doch was anfangs noch als öffentliche Sitzung deklariert worden

war, wurde gestern flugs zu einer nichtöffentlichen Sitzung erklärt. Tumulte auf dem Gerichtsflur.

Krolls Verteidiger beruhigte die aufgebrachte Menge: Es werde inhaltlich noch gar nicht verhandelt, Kroll würde am Ende der Verhandlung eine Erklärung abgeben. Wenig später vertagte sich das Anwaltsgericht.

Dann trat Alfred Kroll vor die wartende Menge. Unter tosendem Applaus forderte er mehr Solidarität für arme und behinderte Menschen und prangerte die flächendeckenden Kürzungen im Sozialbereich an.

(Quelle: NWZ 28.10.2008)